



Krings-Brief vom 28. April 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

die am Montag vom Bundesministerium des Innern vorgestellte Kriminalitätsstatistik belegt es deutlich: Nordrhein-Westfalen belegt bei den Fallzahlen und der Aufklärung von Straftaten die traurigen letzten Plätze. Bei den Wohnungseinbrüchen ist die Gefahr, in Nordrhein-Westfalen Opfer zu werden, fünf Mal so hoch wie in Bayern.

Straffällige ausreisepflichtige Asylbewerber werden in NRW nicht mehr in Abschiebhaft genommen, weil die Landesregierung nicht in der Lage ist, ausreichend Haftplätze bereitzuhalten. Das ist ein wirklicher Skandal. NRW-Innenminister Jäger und die SPD-NRW sind hierfür verantwortlich und es ist höchste Zeit, ihnen die Verantwortung bei der Landtagswahl am 14. Mai zu entziehen.

Wir brauchen in NRW eine neue Sicherheitsstruktur, damit zum Beispiel endlich die Schleierfahndung ermöglicht wird, um die grenzüberschreitende Kriminalität in den Griff zu bekommen. Deswegen ist es gut, dass Armin Laschet eine Regierungskommission zur Neuaufstellung der Inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen einrichten wird. Zum Vorsitzenden der Kommission hat er unseren in der Innenpolitik erfahrenen Bundestagskollegen Wolfgang Bosbach berufen. Das ist eine sehr gute Wahl, denn Wolfgang Bosbach steht für die Überzeugung, dass mehr Innere Sicherheit nur mit einem Null-Toleranz-Ansatz gegenüber Kriminellen möglich ist.

Innere Sicherheit auf Bundesebene

Auch in Berlin haben wir in dieser Woche gleich mehrere Gesetze zur inneren Sicherheit im Bundestag beschlossen. Dazu gehören die Reform des BKA-Gesetzes, um eine grundlegende Modernisierung der polizeilichen IT-Systeme zu ermöglichen, und das Fluggastdatengesetz, das bei der

Aufdeckung und Verfolgung terroristischer Straftaten und schwerer Kriminalität genutzt wird. Vor allem die Verarbeitung und Verwendung von Fluggastdaten ist ein Vorhaben, dem auf EU-Ebene ein jahrelanger Kampf vorausgeht und für das es erst zu den Terroranschlägen in Frankreich kommen musste, um die linken Parteien im Europäischen Parlament zum Einlenken zu bewegen.

Zu einem weiteren Gesetz, nämlich dem stärkeren Schutz von Polizisten und anderen Einsatzkräften bei gewalttätigen Übergriffen, habe ich gestern im Plenum eine Rede gehalten. Dieses Gesetzesvorhaben ist ein wichtiges Anliegen, denn die aktuelle polizeiliche Kriminalstatistik zeigt hier alarmierende Zahlen. Zunehmend kommt es zu Gewaltdelikten, vor allem gegenüber Polizisten. Das Gesetz stellt tätliche Angriffe auch bei allgemeinen Diensthandlungen wie etwa dem bloßen Streifengang gesondert unter Strafe. Das sind wir all jenen schuldig, die tagtäglich den Kopf für uns alle hinhalten und die Sicherheit in unserem Land aufrechterhalten. Außerdem greift das Gesetz bei der unterlassenen Hilfeleistung die Problematik der „Gaffer“ auf, die die Einsatzkräfte in unverantwortlicher Weise bei ihrer Arbeit behindern. [Meine vollständige Rede können Sie hier noch einmal anschauen.](#)

Nicht zufällig hatten wir an diesem Mittwoch auch unseren Fraktionskongress „Tag der inneren Sicherheit“, bei dem auch Kanzlerin Angela Merkel einen Auftritt hatte. Hier sind in verschiedenen Podiumsdiskussionen Strategien und Konzepte diskutiert und erarbeitet worden, für mehr Sicherheit in Deutschland.

Wahlen in Frankreich und der Brexit – Zur Zukunft Europas

Die erste Runde der französischen Präsidentenwahlen am vergangenen Wochenende hat ein gutes Signal für Europa gesetzt. Dass der pro-europäische Kandidat Emmanuel Macron die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte, lässt Optimismus für seinen Sieg in der Stichwahl am 7. Mai zu. Dass aber die Rechtspopulisten unter Marie Le Pen zweitstärkste Kraft wurden, stimmt dennoch nachdenklich. Nach der Brexit-Entscheidung der Briten hätte die Abkehr eines weiteren starken Mitglieds von der EU nicht übersehbare Folgen für dieses Friedensprojekt.

Obwohl die Absichtserklärung des Vereinten Königreichs, aus der EU auszutreten, bereits am 29. März erfolgte, sind die Leitlinien, in welcher Form dieser Austritt erfolgen soll, bis heute nicht klar. Aus diesem Anlass findet an diesem Wochenende ein Sondertreffen des Europäischen Rates in

Brüssel statt. Konkret gibt es zwei Optionen: Der sogenannte „harte Brexit“ würde einen klaren Bruch mit Brüssel bedeuten. Das Verhältnis zwischen Großbritannien und der Union würde vergleichbar mit dem zu Kanada ausgestaltet. EU-Bürger bedürften einer gesonderten Arbeitserlaubnis und die Ausarbeitung eines Freihandelsabkommens wäre erforderlich, um Zölle auf Waren und Dienstleistungen zu umgehen. Eine andere Option wäre eine mit der Bindung Norwegens an die EU vergleichbare Bindung, die einen vollen Zugang für Großbritannien zum Binnenmarkt ermöglichen würde, im Gegenzug aber einen Beitrag zum Haushalt, Personenfreiheiten sowie Beteiligung an der EU-Gesetzgebung einfordert.

Die Bundeskanzlerin hat im Vorfeld in einer Regierungserklärung im Plenum dargelegt, dass es Deutschland nicht nur darum geht, einen geordneten Austritt sicherzustellen, sondern vor allem auch um die Beibehaltung der freundschaftlichen und engen Beziehungen der EU27 mit dem Vereinten Königreich. Dabei muss aber klar sein, dass diesem guten Verhältnis nicht die europäischen Interessen geopfert werden dürfen. Das heißt, Großbritannien darf nicht der Rosinenpickerei verfallen, sondern muss die mit dem Binnenmarkt verbundenen Rechte und Vorteile auch mit der Erfüllung der sich ergebenden Pflichten beantworten.

Besuch in Berlin

Ich habe mich sehr gefreut, dass in der vergangenen Woche eine Gruppe von politisch Interessierten aus meinem Wahlkreis den Weg nach Berlin gefunden haben, um hier ein breites Spektrum aus Politik-, Kultur- und Freizeitangeboten zu erleben. Die Gelegenheit habe ich genutzt und am Mittwoch einige der Besucher beim gemeinsamen Abendessen empfangen.



„Das Reichstagsgebäude ist für uns Mönchengladbacher eine ganz andere Liga“, sagte ein Teilnehmer, dem ich dahingehend zustimmen möchte, dass dieses Gebäude durch seine auffallende

Architektur Ausdruck politischer Transparenz ist. Diese besondere Widerspiegelung demokratischen Verständnisses stellt den Grund dafür dar, dass es das meistbesuchte Parlament der Welt und einer der Höhepunkte jeder Besuchergruppe ist.

Neben einem interessanten Informationsgespräch beim Bundesnachrichtendienst stand am letzten Tag noch der Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen auf dem Programm. Die persönlichen Erfahrungsberichte der ehemaligen Insassen, welche die Besucher durch das frühere politische Gefängnis der DDR führen, machen betroffen und den Besuch zu einem unverkennbaren Erlebnis.

Herzliche Grüße

Ihr Günter Krings



Sagen Sie mir Ihre Meinung.
Besuchen Sie mich auf facebook.

(hier klicken!)